



Nordheimer Geschichte

Ereignisse von den 20er bis zu den 50er Jahren - die Zeit vor, während und nach dem III. Reich

5. Teil: Ereignisse 1935 - 1939

Es geht wieder aufwärts

Der wirtschaftliche Aufschwung nach 1933 wurde auch in Nordheim sichtbar. Es wurden Häuser gebaut, Straßen geteert und gewalzt, Kandeln angelegt, Feldwege ausgebaut usw. 1935 erwarben Willy und Eugen Eberhard das Fabrikgebäude der in Konkurs geratenen Süddeutschen Strick- und Wirkwarenfabrik Kübler und Mühleisen an der Bahnhofstraße. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs produzierten sie dort Sicherungsautomaten für die Elektroinstallation. So entstanden dringend benötigte Arbeitsplätze am Ort. 1936 erwarb Franz Schneider das Anwesen der ehemaligen „Nordstrumpffabrik Müller & Ackermann“ am unteren Ende der Bahnhofstraße. Franz Schneider begann in Nordheim ab 1937 mit der Produktion von Armaturen und Teilen mit 35 Mitarbeitern. In beiden Betrieben erhöhte sich die Mitarbeiterzahl während der Kriegsjahre, da nun umgestellt wurden auf Rüstungsfertigung.

In der gesamten Wirtschaft machten sich ab 1936 die Auswirkungen des von Hitler initiierten Vierjahresplans bemerkbar. Dieser Plan war ein nationalsozialistisches Wirtschaftsprogramm, das darauf abzielte, die deutsche Wirtschaft und Wehrmacht innerhalb von vier Jahren kriegsfähig zu machen. Der Staat und die Partei griffen steuernd in die Privatwirtschaft ein, um die Produktion auf Kriegsgüter umzustellen. Ziel war die massive Produktion von Waffen, Munition und Rüstungsgütern, die auch kleine Zulieferbetriebe erfasste. Die Arbeitslosenquote in Deutschland sank dadurch bis 1939 dramatisch. Von über 6 Millionen Arbeitslosen 1933 auf nur noch rund 119.000 Menschen im Jahr 1939. Auch der 1935 eingeführte Reichsarbeitsdienst für junge Männer diente der Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Vorbereitung auf den Kriegsdienst. Diese positive Entwicklung, verbunden mit der ständigen Propaganda durch Presse, Rundfunk und Parteiveranstaltungen, blieb nicht ohne Wirkung. Große Teile des Volkes verehrten den Führer, dem man diese Erfolge zuschrieb.

Saarabstimmung 1935, Olympiade 1936

Einen weiteren Sympathiezuwachs im Deutschen Reich als auch einen Prestigeerfolg im Ausland brachte Adolf Hitler die Saarabstimmung im Januar 1935. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Saarland unter das Mandat des Völkerbundes gestellt und 1935 per Volksabstimmung wieder Teil des Deutschen Reiches, was von den Nationalsozialisten als "Befreiung" gefeiert wurde. Die Rückführung des Saargebietes feierten die Deutschen als den bis dahin größten Erfolg Hitlers.

Weiteres internationales Ansehen gewann Deutschland und seine Regierung durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin und Garmisch-Partenkirchen. Bei den Sommerspielen gewann Deutschland die meisten Medaillen vor den USA. Hitler und die NSDAP nutzten diese Spiele massiv für ihre Propaganda, um ein weltoffenes und starkes Deutschland zu präsentieren.



Die absolute Alleinherrschaft Hitlers war spätestens im August 1934 zementiert, als er nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 2. August 1934 die Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers in seiner Person zusammenführte. Diese Vereinigung bedeutete eine verfassungslose Diktatur, da es kein Amt mehr gab, das die Macht Hitlers formal hätte beschränken können. Beamte und Soldaten wurden auf Hitler persönlich vereidigt, nicht mehr auf die Verfassung. Die Soldaten kämpften - und starben - für den Führer, Volk und Vaterland.

Die neue Deutsche Gemeindeordnung von 1935

Um auch in den Verwaltungen der Kommunen den ganzen Einfluss des Führers und der Partei wirksam werden zu lassen, wurde am 30. Januar 1935 die Gemeindeordnung grundlegend

Die Deutsche Gemeindeordnung ist ein Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates. Auf dem von ihr bereiteten Boden wird sich der Neubau des Reiches vollenden.

Die Deutsche Gemeindeordnung ist ein Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates. Auf dem von ihr bereiteten Boden wird sich der Neubau des Reiches vollenden.

geändert. Dieses am 1. April 1935 in Kraft getretene Gesetz entmachtete den Gemeinderat, der nur noch beratende Funktion hatte. Seine Mitglieder wurden nicht mehr gewählt, sondern vom Beauftragten der Partei ernannt. Entsprechend dem „Führerprinzip“ wurde die Macht des Bürgermeisters gestärkt. Er war nun der Beauftragte der Partei, der alleinige „Führer“ der Gemeinde, der

eigenverantwortlich handelte. Ihm standen zwei Beigeordnete zur Seite, die vom Beauftragten der NSDAP berufen wurden. Der Bürgermeister war verpflichtet, wichtige Angelegenheiten der Gemeinde mit den Gemeinderäten, die auf sechs Jahre berufen waren, zu beraten. Andererseits waren die einzelnen Räte verpflichtet, den Bürgermeister aktiv zu beraten. Über die Beratungen war eine Niederschrift zu fertigen (Protokoll). Abstimmungen fanden allerdings nicht statt.

In Nordheim erfolgte die Umsetzung dieser neuen Gemeindeordnung am 28. September 1935 in einer Sitzung, die der Kreisleiter des Oberamtes Brackenheim, Willy Lauster, leitete. Außer Lauster und Bürgermeister Karl Wagner waren noch die acht zu ernennenden Gemeinderäte anwesend: Heinrich Bahmer, Werkmeister, Karl Binder jun., Maurer, Paul Buchwald, Landwirt und Ortsbauernführer, Karl Hild, Schneider, Wilhelm Klemm, Landwirt, Karl Müller K.S., Landwirt, Adolf von Olnhäusen W.S., Landwirt, Walter Viertel, Fabrikant. Vier der acht Gemeinderäte waren zu dieser Zeit Mitglied der NSDAP. Die Berufung der Gemeinderäte erfolgte rückwirkend vom 1. April 1935 für 6 Jahre bis zum 31. März 1941. Außerdem waren anwesend die beiden anschließend noch zu berufenden Beigeordneten Friedrich Spöhr, Landwirt, und Eugen Krieg, Schreinermeister.

Im Protokoll ist festgehalten: „Der Kreisleiter der NSDAP, der vom Bürgermeister begrüßt wird, leitet die Beratung und macht allgemeine Ausführungen über das Amt der Gemeinderäte. Er weist besonders auf die Verpflichtung hin und betont, dass jeder GR eigenverantwortlicher Berater des Bürgermeisters sei. Diese Beratungen hätten im nationalsozialistischen Geiste zu erfolgen...“

Danach wurden die ernannten Gemeinderäte vom Bürgermeister auf Grund des Reichsgesetzes vom 20.8.1934 ("Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht") vereidigt. Dieser Eid verpflichtete sie, dem "Führer und Reichskanzler" Adolf Hitler treu und gehorsam zu sein und die Gesetze zu beachten. Schließlich wurde jedem Gemeinderat eine Ernennungsurkunde überreicht.

Man hatte sich im Laufe der Jahre an den „nationalsozialistischen Alltag“ gewöhnt. Das Leben hatte sich normalisiert, die Massenarbeitslosigkeit war vorbei und Löhne und Preise waren stabil. Die Menschen fassten nach Jahren der Hoffnungslosigkeit wieder Mut, Zuversicht und Selbstvertrauen. Das Ansehen von Hitler stieg ständig. Nach der Angliederung Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich im März 1938, dem sogenannten „Anschluss“, und nachdem auch noch im Oktober 1938 der Anschluss des Sudetenlandes erfolgte, verstummten auch seine Kritiker zunehmend. Doch die zunehmenden außenpolitischen Spannungen und die erkennbaren Kriegsvorbereitungen wurden von der Bevölkerung mit steigendem Unbehagen wahrgenommen.

§ 1.

Der Beauftragte der NSDAP, Kreisleiter Lauster, hat in Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 für die nächsten 6 Jahre vom 1. April 1935 bis 31. März 1941 zu Gemeinderäten der Gemeinde Nordheim folgende Bürger ernannt:

1. Bahmer, Heinrich, Werkmeister,
2. Binder, Karl jg., Maurer,
3. Buchwald, Paul, Landwirt u. Ortsbauernführer.
4. Hild, Karl, Schneider,
5. Klemm, Wilhelm, Landwirt,
6. Müller, Karl, K.S., Landwirt,
7. von Olnhäusen, Adolf, W.S., Landwirt,
8. Viertel, Walter, Fabrikant.

Aus dem Protokoll vom 28.9.1935
(KS = Karls Sohn, WS = Wilhelms Sohn)

Der Freibadbau

In Nordheim hatte Bürgermeister Wagner die Zeichen der Zeit vermutlich erkannt. Schon seit Jahren wurde aus allen Kreisen der Bevölkerung die Schaffung eines Freibades dringend gefordert. Seit der Umleitung des Neckars durch den Kanal- und Schleusenbau in den Jahren 1927 - 1929 konnte man das bisherige Nordheimer Bad am Neckar nicht mehr nutzen, und die neue Badeanlage in Horkheim war zu weit entfernt. Doch im Jahr 1939 schien es äußerst problematisch, eine Baugenehmigung für den Bau eines Freibades in Nordheim zu bekommen. Die außenpolitischen Verhältnisse hatten sich immer mehr zugespitzt und in der Bauwirtschaft drehte sich alles um die Fertigstellung des sogenannten „Westwalls“. Es herrschte ein großer Mangel an Baumaterial und an Arbeitskräften. Nur wenn diese Engpässe umgangen werden könnten und die Behörden eine dringende Notwendigkeit bestätigen könnten, wäre auf eine Ausnahmegenehmigung für die Tiefbauarbeiten zu hoffen. So war der Sachstand im Januar 1939, und der Gemeinderat hatte seine Zustimmung gegeben, alles zu versuchen, um das Vorhaben „Freibadbau“ zu realisieren. In einem Rückblick beschreibt Karl Wagner im Jahr 1989 in seinem Bericht „50 Jahre Freibad Nordheim“ die damalige Situation: *Nachdem zahlreiche Kriege immer im Sommer - meist nach der Getreideernte - begannen, nahm ich an, dass dies auch wieder so sein könnte. Also mussten die Arbeiten am Freibad, die ja nur mit Freiwilligen und unentgeltlichen Arbeitskräften möglich waren, bis dahin fertig sein.*

Die Lage wurde Ende März in einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung besprochen. Die Teilnehmer waren sich einig, das Freibad unter allen Umständen bauen zu wollen. Jeder war damit einverstanden, dass er 40 Stunden unentgeltlich arbeiten muss, wer dazu nicht in der Lage war musste 24 RM spenden, so auch bei Fuhrleistungen. Die Bereitschaft wurde auf Listen mit Unterschrift festgehalten um diese Verpflichtung den Behörden vorlegen zu können. 450 Männer verpflichteten sich zu dieser freiwilligen Leistung, 4 lehnten aus persönlichen Gründen ab. (Anm.: detaillierter Bericht im Heimatbuch S. 195ff.)



Am 20. April 1939 (Geburtstag des Führers) war der erste Spatenstich

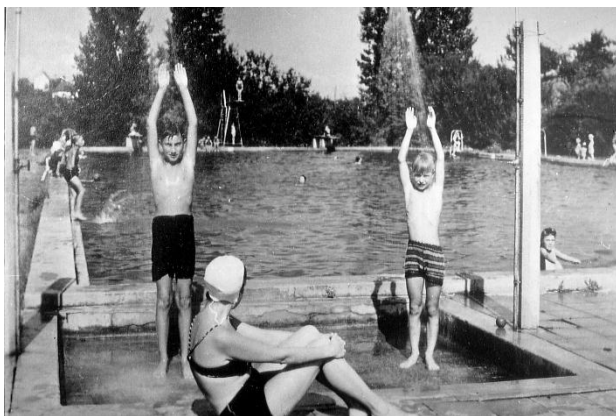
Nordheim

An der Erstellung des
Schwimmbades Nordheim

die nur unter teilweiser Mitwirkung der ganzen Bevölkerung
möglich ist, und die in den nächsten Monaten durchgeführt werden
soll, beteiligen sich die nachstehenden Personen mit

alle 40 Stk. Leistung *Frei-* *Arbeit* *von 20* *Stk.* *Wert* *24,-* *RM*

Nr.	Namen	Stk.	Wert	RM	Unterschrift
1	...	40
2	...	40
3	...	40
4	...	40
5	...	40
6	...	40
7	...	40
8	...	40
9	...	40
10	...	40
11	...	40
12	...	40
13	...	40
14	...	40
15	...	40
16	...	40
17	...	40
18	...	40
19	...	40
20	...	40
21	...	40
22	...	40
23	...	40
24	...	40
25	...	40
26	...	40
27	...	40
28	...	40
29	...	40
30	...	40

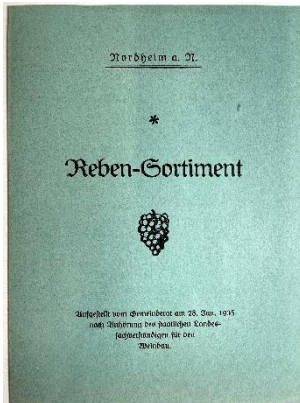


Alle Listen mit Unterschriften sind im Archiv vorhanden

Eine Vergabe von Arbeiten an einen Bauunternehmer war nicht zulässig, alles musste in Eigenregie durch die Gemeinde und ehrenamtliche Helfer erfolgen. Am 8. August 1939 waren die Betonarbeiten fertig, und am Sonntag, den 24. September war das Becken erstmals voll mit Wasser gefüllt. Am 20. Mai 1940 konnte das fertige Freibad eingeweiht werden. Der Freibadbau war eine großartige

Gemeinschaftsleistung der Nordheimer Bürger. Badegäste kamen nun nicht nur aus Nordheim, sondern aus nah und fern.

Die Gründung der Weingärtnergenossenschaft



Rebensortiment 1935

Ein weiterer Meilenstein im Jahr 1939 und ein weiterer Erfolg für Bürgermeister Karl Wagner war die Gründung der Weingärtnergenossenschaft Nordheim. Bereits im Jahr 1921 gründeten einige Weingärtner aus Nordheim, Schwaigern, Neipperg und Dürrenzimmern die „Unterländer Weingärtnergesellschaft“ (UWG) mit Sitz in Nordheim. 1925 baute die UWG eine Kelter mit Keller an der Südstraße. Doch die grundlegenden Probleme der Qualität und der Vermarktung des Weines konnten von der UWG nicht gelöst werden. Ein Schritt in die richtige Richtung war 1935 die Erstellung eines örtlichen Rebensortiments. Dieser Plan sollte helfen, je nach Lage und Bodenbeschaffenheit die geeignetste Sorte für Neupflanzungen zu finden. Insgesamt blieb die Ertragslage und die Qualität im Nordheimer Weinbau weiterhin nicht gut. Verschiedene Nachbarorte hatten bereits in den Jahren 1925 bis 1937

Weingärtner-Genossenschaften gegründet: Schwaigern und Brackenheim je 1925, Lauffen 1935, Dürrenzimmern 1937. In dieser für die Weingärtner schwierigen Zeit lud Bürgermeister Karl Wagner alle Weingärtner, die noch nicht Mitglied einer Genossenschaft waren, am 2. Juli 1939 zu einer Versammlung in den Rosensaal ein. Von den 140 Teilnehmern schrieben sich 109 sofort als Mitglieder der neuen „Nordheimer Weingärtnergenossenschaft“ ein. Als Vorstandsvorsitzender wurde Hermann Buchwald gewählt, sein Stellvertreter wurde Karl Wagner. Der politische Wille der Gemeindeverwaltung mit Karl Wagner an der Spitze hatte es mit dieser Gründung ermöglicht, noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges - neben dem Bau des Freibades - auch noch wichtige Weichen für die Zukunft des Weinbaus in Nordheim zu stellen.



Die Neue Kelter (1950/51)

Doch das größte und dramatischste Ereignis des Jahres 1939 war der Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September. Mit den Worten „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“ täuschte Hitler am 1. September 1939 vor dem Reichstag den Überfall auf Polen als Akt der Notwehr vor. Diese Rede vor dem Reichstag wurde um 10.10 Uhr im Rundfunk übertragen. Als die Bevölkerung erfuhr, dass Hitler damit den Krieg mit Polen begonnen hatte, war von Begeisterung wenig zu spüren. Es herrschte eher große Bedrückung und Sorge darüber, wie es nun weitergeht.

Ulrich Berger